

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Verlagsanstalt Bochum, Postfach 75. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schudy; Druck: G. Hantmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Süllich Bochum, Wilmelshauer Str. 38-42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Nr.: Mittelverband Bochum.

### Steht auf der Wacht!

Im neuen Jahre werden wir wahrscheinlich weltgeschichtliche Ereignisse von großer innen- und außenpolitischer Tragweite erleben. Die Kernfrage, in welcher Weise das durch den wahrnehmbaren Krieg furchtbar gestörte Zusammenwirken der Nationen wieder herbeigeführt werden kann, drängt naturgemäß zur Lösung. Auch für blöde Augen ist erkennbar, daß alle Völker eine große Wirtschaftsfamilie bilden. Wird ein Familienglied rücksichtslos behandelt, so leiden darunter die anderen ebenfalls. Die Verträge von Versailles und Saint Germain haben das nicht berücksichtigt. Der kritische Zustand der Weltwirtschaft fordert gebieterisch eine auf humanitärer Basis beruhende, allen kapitalistischen und nationalistischen Gelüsten abträgliche Neuordnung der internationalen Beziehungen. Ob das von den Staatsmännern, die zurzeit die Macht repräsentieren, rechtzeitig eingesehen wird, davon hängt die Gestaltung der Zukunft Europas, der ganzen Menschheit ab.

Im Bunde der freigewerkschaftlichen Arbeiterinternationalen sind die durch die Kriegsergebnisse verwirrteten Meinungen im vergangenen Jahre völlig geklärt worden. Einmütig haben die Vertreter der britischen, französischen, belgischen, deutschen, österreichischen, tschechischen und italienischen Arbeitergewerkschaften, also alles Delegierte aus Ländern, die gegeneinander Krieg geführt haben, sich gegen die militaristisch-imperialistische Gewaltpolitik ausgesprochen und die Patole ausgegeben: „Krieg dem Kriege!“

Dieses Manifest unserer Arbeiterinternationalen zählt zu den bedeutendsten Ereignissen des verflochtenen Jahres und hat zweifellos auch starken Anklang gefunden. Wie man vor guten Worten zur aufbauenden Tat übergehen kann, auch das ist im vergangenen Jahre der Welt gezeigt worden durch Angehörige der gewerkschaftlichen Arbeiterinternationalen. Französische und deutsche Bauarbeiter haben sich bereits über einen praktischen Plan für den Wiederaufbau eines Abschnitts des zerstörten Nordfrankreich verständigt! Das ist werktätiger Pazifismus! Allerdings werden sich noch die Interessenten an einer dauernden Völkerverhetzung gegen dies Kulturwerk. Wir wissen noch nicht, ob die in der Weihnachtswoche begonnenen Beratungen der britischen und französischen Staatslenker für die Wiederaufbau-tätigkeit der Arbeiterinternationalen günstig oder nach dem Wunsche der Säbelkraxler verlaufen. Im letzteren Falle stünde Europa vor unabsehbaren ökonomischen und politischen Erschütterungen.

Wie aber auch der Rat der Mächtigen entscheidet, kein Mensch darf erwarten, daß Deutschland von seiner Reparationslast entbunden wird. Vielleicht werden Zahlungsvereicherungen zugestanden, oder auch nicht; vielleicht wird Deutschland mit Rußland von der Entente zu einer Beratung über die Behebung der Weltwirtschaftskrise eingeladen, oder auch nicht. Frankreich vornehmlich von den Ententestaaten braucht Milliarden, um seine großen ausländischen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, und für den Wiederaufbau seiner zerstörten Landesteile. Befände sich Deutschland in der Lage Frankreichs, als militärischer Sieger in großer Finanznot, wer glaubt denn, daß unsere Ludendorffer anders handeln würden, als nun die militaristischen Nationalisten Frankreichs? Unsere Ludendorffer und Kap-pisten, die als geschlagene Feldherren und absolut unfähige Politiker vor der Welt stehen, haben nun ja noch die unerhörte Dreistigkeit, als — „Ankläger“ aufzutreten, statt den Mund zu halten und ihrem Herrgott für die außerordentliche Rangmut des durch ihre Kriegspolitik ins Unglück gestürzten Volkes zu danken.

Deutschland wird die Reparationsbedingungen erfüllen müssen nach bester Kraft. Die Unerböhnlichen in Frankreich bestehen um so mehr auf der alsbaldigen Milliardenzahlung,

als sie hinweisen können auf riesige Unternehmergewinne in Deutschland, auf eine Kapitalverschiebung von vielen Hunderten Millionen in ausländischer Währung, auf eine Steuerhinterziehung im Betrage von vielen Milliarden Papiermark. Deshalb liest man immer wieder in der Presse der Entente: „Deutschland kann zahlen!“ Unsere „nationalen“ Währungslenker, Kapitalverleiher und Steuerhinterzieher unterstützen also durch ihre Steuerverweigerung die Politik der Deutschlandfeinde.

Vielleicht sieht sich die deutsche Arbeiterklasse bald genötigt, gegen die kapitalistische Sabotierung der Wiederaufbauarbeit auf den Kampfplatz zu treten. Oder kann die Arbeiterklasse es dulden, daß die angeblich „nationalen“ Kreise, die als Träger der unheilvollen Kriegspolitik befannt sind, durch ihre Steuer-unlust neues Unheil über unser Heimatland heraufbeschwören? Steht auf der Wacht!

Zu der Bedrohung von außen gesellt sich am Jahreschluß die innerpolitische Gefahr eines überraschend schnellen Umschwungs unserer Wirtschaftslage. Die Anzeichen des Endes der von unserer enormen Marktentwertung ausgegangenen ungesunden „Hochkonjunktur“ mehren sich. Die maßlos wuchernde Preistreiberei beschleunigt den Ausbruch der Abwärtskrisis, zumal sich der Marktkurs besserte. Wer soll die Folgen tragen?

Wir müssen im neuen Jahre auf schwere Kämpfe um den Arbeitslohn gefaßt sein! In den Fertigfabrikindustrien hat die maßlose Preistreiberei bereits den Absatz herabgedrückt. Darum haben wir mit Sorge den außerordentlich starken Preishochgang beobachtet und warnend auf die volks- und weltwirtschaftlichen Konsequenzen hingewiesen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir uns, wenn nicht Ablenkungen eintreten, die aber volkswirtschaftlich schädlich sein können, dem Zeitpunkt räumlich nähern, wo die Unternehmer ihre Betriebskosten durch Reduzierung der Löhne verbilligen wollen! Bewegt sich der Marktkurs nach oben — für unsere Reichs- und Staatsfinanzwirtschaft sicherlich erfreulich —, dann fallen die nur auf den schlechteren Stand unserer Währungs- und Kapitalistischen Kalkulationen in sich zusammen.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer diese Folgen ihrer Preistreiberei gelassen auf sich nehmen werden, sondern sie werden Lohnreduktionen und wahrheitsgemäß auch Schichtverlängerungen durchführen wollen! Nicht etwa unter vernünftiger Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und im Zusammenwirken mit ihren Organisationen. Sondern eigenmächtig, im Vertrauen auf ihren starken Widerstandsfonds. Wir erinnern an den langen Lohnkampf unserer britischen Kameraden! Auch ihnen mutete man zu, die Kosten der kapitalistischen Profitwirtschaft zu bezahlen.

Wir brauchen aber keine Unterjochung zu fürchten, wenn wir die Kameraden auf das heranziehende Gemitter aufmerksam machen und sie veranlassen, sich unter das schützende Dach des Bergarbeiterverbandes zu begeben. Wenn sie nicht wollen, daß ihnen die Löhne herabuntergeregt werden bis zum Augenüberlaufen, dann müssen sie in die Reihen des Verbandes eintreten. Hinterher wehklagen rührt den Kapitalismus absolut nicht. Wer knecht sein will, muß sich als Knecht behandeln lassen.

Die Bergarbeiterschaft ist auf alle Fälle eine gewaltige Macht, wenn sie organisiert auftritt. Ist der Geist dieser Massen gerichtet auf die entschlossene Behauptung der einmal errungenen Position, dann weiß das Unternehmertum, daß heute noch mehr auf dem Spiele steht, als bloß sein Profit. Pflegt diesen entschlossenen Geist der Behauptung! Bereitet euch auf alles vor, auf Gutes und Schlechtes. Steht auf der Wacht!

ist, entzogen werden kann, und zwar durch Kupplung. Es unterliegt nicht, wie fast alle Waren, einem Angebotszwange. Es nimmt daher eine Vorzugsstellung ein. Weil es bei längerer Aufbewahrung nicht wie die andern Waren schlechter wird oder verdirbt, kann es in großen Massen als Bestandsmittel verwendet werden. Dieser Uebelstand kann nur in der Weise beseitigt werden, daß das Geld aus seiner bevorrechtigten Stellung verjagt und den Waren gleichgestellt wird. Dies geschieht, wenn es bei längerem Aufbewahren ebenfalls verdirbt. Die neue Geldart, die den Namen Freigeld führt, tritt, wenn sie nicht im Umlauf gesetzt wird, im Werte, aber nicht, wie das heutige Geld, in der Weise, daß seine Valuta sich vermindert, d. h. seine Kaufkraft abnimmt — das wäre ja an sich nichts Erwünschtes —, sondern in der Weise, daß der Kennwert geringer wird. Das Freigeld beruht also auf einer mit der Aufbewahrung eintretenden Wertberabsetzung (Devaluation). Ein Hundertmarktschein verliert nach einer Woche von seinem Kennwert: 10 Pf., in der zweiten 20, in der dritten 30, am Ende des Jahres hat er, wenn sein Besitzer ihn nicht ausgab, 5 M. verloren. Er ist also nur noch 95 Mark wert. Die technische Durchführung dieses Gedankens kann entweder in der Weise erfolgen, daß der Kennwert bleibt, aber für jede Woche ein Zuschlag erhoben wird, der auf einer der Note beigegebenen Tabelle leicht abgelesen werden kann, oder aber in der Weise, daß kleine Geldzettel von 1, 2, 5, 10, 50 Pf. am Ende der Woche auf die Freigeldscheine aufgelegt und zum Ausgleich des Kursverlustes verwendet werden.

Daß dieses Verfahren die Einfachheit in dem Gebrauche des Geldes beeinträchtigt, bedarf keiner Erörterung. Dies kann auch nicht dadurch entkräftet werden, daß man auf die größeren Umstände hinweist, die bereits mit Wechsel- und Scheckzahlungen verknüpft sind und doch der Verwendung dieser Kreditmittel nicht im Wege stehen. Aber schließlich ist das kein entscheidender Gesichtspunkt, wenn sonst das Freigeld imstande ist, uns aus aller Not zu erretten. Da darf es natürlich auf einige mehr oder weniger erscheinende Umstände im technischen Gebrauche nicht ankommen. Auch die Invalidentversicherung hat man, als sie aufkam, damit bekämpft, daß das Wartenleben auf der Karte jedes Arbeiters viel Mühe verursache und lästig sei, und doch ist die Maßregel der Invalidentversicherung als solche durchaus nützlich und von dauerndem Werte. Die größere Mühe kann daher nicht als durchschlagender Einwand angesehen werden. Daß eine Erschwernis bei der Verwendung des neuen Geldes eintritt, steht aber außer Zweifel. Die Einführung eines solchen bei der Aufbewahrung im Kennwert abnehmenden Geldes müßte nun zu einer ungeheuren Umwälzung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens führen. Sie würde ein riesiges Geldangebot zur Folge haben. Die Dynamik des Geldes würde den ganzen Wirtschaftskreislauf beherrschen, denn jeder würde sich vor dem drohenden Verluste dadurch schützen, daß er das Geld ausgibt. Es ist nur noch Tausch- und nicht mehr Sparmittel. Eine große Verlesung der Produktion, so wie sie durch das Geldangebot bedingt ist, erscheint als notwendige Folge. Ein solcher Zustand aber muß zunächst zu einer Unterbrechung und schließlich zur völligen Beseitigung des Zinses führen. Der Zins erkauft in der ungeheuren Masse von Realkapital, die durch das Geldangebot geschaffen ist, Realkapital für die Gegenleistung von Papierkapital. Es besteht in Schiffen, Maschinen, Möbeln und Waren aller Art. Mit diesem Gedanken aber ist die Theorie des Freigeldes noch nicht zu Ende. Welche man es sich selbst überlassen, so würde es bald einem Strome gleichen, der über seine Ufer tritt und das Land überschwemmt. Wie jeder natürliche Strom, so muß auch der Geldstrom reguliert werden. Zu diesem Zwecke wird eine besondere Geldverwaltung geschaffen. Diese nennt sie das Reichsregierungsamt. Die Aufgabe dieses Amtes besteht darin, die Geldmenge zu regulieren, d. h. sie der Warenmenge anzupassen. Die Stuppelung dieser beiden Größen ist sein wichtigster Zweck. Es muß, wenn die Preise steigen, neues Geld dem Verkehr zuzuführen. Dadurch wird es möglich, das Preisniveau eines Landes zu stabilisieren. Die ungesunden Schwankungen nach oben und nach unten hören auf. Der Durchschnittspreis sämtlicher Waren unterliegt keinen nennenswerten Veränderungen mehr. Damit haben wir das, was ein Vertreter dieser Idee, Dr. Christen, die absolute Währung genannt hat. Es ist eine Warenwährung, eingeleitet auf feste Durchschnittspreise. Wenn es wahr ist, daß der Preisstand sich nach der Geldmenge und nach der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes richtet, so ist mit dem Freigeld theoretisch die Währungsfrage gelöst; denn die Geldmenge wird durch das Währungsamt reguliert, der Umlauf aber durch den drohenden Kursverlust stets auf dem Maximum gehalten. Der Staat hat damit die ganze Geldmaschine fest in der Hand.

Wir haben im Vorgehenden gesehen, daß das Freigeld eine Attende auf den Zins bedeutet. Es gibt aber noch eine zweite Art des arbeitslosen Einkommens, nämlich die Grundrente. Grundrente ist der nicht von der Arbeit des Grundbesitzers abhängige Teil seines Einkommens aus dem Bodenschatte. Diese Grundrente fließt heute in die Taschen Privater. Lassen sich diese Milliarden der Gesamtheit nutzbar machen? Geseh! antwortet: Dies ist möglich, wenn sich die Geldreform mit einer Bodenreform verbindet. Sie besteht in der Einführung von Freiland. Was bedeutet das? Wenn man von „frei“ spricht, muß man sich stets das Objekt klar machen: frei — wovon? Man kann den Boden von Steinen befreien oder von Unkraut. Aber darauf kommt es bei dem Begriffe „Freiland“ nicht an. Freiland ist vielmehr ein Land, das frei ist von dem privaten Bezug von Grundrente. Die Freilandbewegung fordert, daß der Staat den ganzen Boden aufkaufte, an den Besitzenden verpachtete und die Berechtigten in Grundbesitzumschließungsscheinen entschädigte. Mit der Pachtsomme fließt dann die Grundrente in die Kasse des Staates und kommt so der Allgemeinheit zugute. Da das Wachstum der Bevölkerung den größten Anteil an der Steigerung der Grundrente hat, so sollen die Einkünfte hieraus an die deutschen Mütter, entsprechend der Zahl ihrer Kinder, verteilt werden: eine Kinderertragsgabe an die deutschen Mütter, weil sie die Schöpfer oder doch Mehrere der Grundrente sind! Einer der lebenswichtigsten Gedanken in Geseh's Schrift.

Die größte Rolle bei dieser Reform spielen die Bodenschuldscheine. Sie müßten in vielen Hunderten von Milliarden ausgegeben werden, und es wäre natürlich sehr schlimm, wenn sie den Schwankungen der Konjunktur in Gestalt eines wechselnden Kurses unterlägen. Um das zu verhindern, sollen sie den Charakter von Pari-Titeln tragen. Mit andern Worten: ihr Kurswert soll stets ihrem Nennwert entsprechen. Um das zu erreichen, muß sich der Zins, der hier nicht abgegriffen ist, aber jedenfalls durch die Freigeldreform stark heruntergedrückt werden dürfte, in seiner Höhe nach dem jeweiligen Tageskurse richten. Richtig wäre wohl eine Anpassung an den jeweiligen Höchststand des Reichsbank. Aber die ganze Frage der Pari-Titel ist noch unausgedacht, und wir wollen uns daher nicht weiter mit ihr beschäftigen. Sie sind, wie wir sehen werden, die Schlüsselstücke, an der das ganze System verwirklicht werden. In der Verknüpfung dieser beiden Reformen, der Einführung des Freigeldes und der Lösung der Bodenfrage durch Freiland, liegt nach der Auffassung Geseh's und seiner Schule das Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der sozialen Not der Gegenwart.

Wie haben wir uns diesen neuen Ideen gegenüber zu verhalten? Sollen wir sie ablehnen oder sie annehmen? Kein sozialer Architekt ist imstande, unsere Wirtschaft nach neuen Gesichtspunkten aufzubauen oder die ganze Wirtschaftsordnung lediglich von der Gelbseite her umzugestalten. Gesamtreformen sind außerdem stets soziologisch bedingt. Die Geseh'sche Geldreform läßt alle Soziologie außer Betracht. Das Wort kommt, glaube ich, in seinem Werke nicht ein einziges Mal vor.

### Freiland — Freigeld.

Dem Kameraden Johann Westholz aus Kottbusen wird uns geschrieben:

„In Nr. 43 der „B.Z.“ vom 3. Dezember schreiben Sie einen Artikel: „Was sind Weltmarktlöhne?“ Ich kann mir wohl vorstellen, wie die Kumpels auf eine solche Idee gekommen sind, ohne sich der Auswirkungen ihrer Forderungen bewußt zu sein. Weltmarktlöhne würden uns ebensowenig etwas bringen, wie uns die Lohnherabsetzungen bei dieser unannüchlichen Weltwirtschaft etwas gebracht haben. Je härter die Notensprende arbeitet, um so mehr steigen die Preise, und in demselben Maße sinkt die Kaufkraft des Geldes. Durch Preisveränderungen gewinnen die einen, die anderen verlieren. Es scheint sonach wünschenswert, daß der Geldwert stabil bleibe, daß weder ein allgemeines Steigen noch Fallen der Preise eintritt. Jeder Lohnherabsetzung geht immer eine Preissteigerung voraus, aus dem einfachen Grunde, daß das in Aktien und Kassetten angelegte Geld sich durch einen Börsen- oder Zeitungswind auf den Wertenmarkt stürzt und so die Preise in die Höhe treibt, die wir überhaupt etwas von der neuen Lohnherabsetzung zu spüren bekommen. Wir haben also von der Lohnherabsetzung und Preissteigerung nichts. Ein Preisabbau ist auch mit so vielen für die Arbeiterklasse schädlichen Begleitumständen, wie Arbeitslosigkeit, Absatz- und Produktionsrückgang, verbunden (vergleiche die hoch goldreichen Länder England und Amerika), daß ich für ihn nicht eintreten kann. Die einzige Rettung aus diesem Dilemma ist Festigung der Durchschnittspreise. Das wäre zu erreichen, wenn das Geld ununterbrochen umlaufen würde. Denn nicht allein die Quantität des Geldes ist maßgebend für die Preisbildung, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit. Könnte das Geld nur zum Nachteil für seinen Besitzer zurückgehalten werden, so würde niemand mehr Geld dem Verkehr entziehen. Das Geld könnte dauernd umlaufen und nach Ware oder Arbeit suchen. Mit dem gleichmäßigen Umlauf und Angebot des Geldes würde der Zins oder Mehrwert für den Kapitalisten sinken. Dann könnten höhere Löhne gezahlt werden und der Mehrwert würde der Arbeiterschaft zugute kommen. Mit dem kapitalistischen Dauergeld, welches gar kein Kaufmittel, sondern eine Ware ist, läßt sich dieses aber nicht machen. Wir müssen daher ein soziales Geld, sogenanntes Schwindgeld, einführen und ein Reichswährungsamt einrichten, welches nicht mehr Geld ausgibt, wie häufig ist, und Geld einzieht, sobald der Durchschnittspreis den Ansgang übersteigt. Wollen

wir aus diesem Elend heraus, so müssen wir das Geld äquivalent (gleichwertig) der Ware machen. Dann braucht niemand mehr auf die Geldwertstabilität zu achten und auch keine Weltmarktlöhne zu fordern.“

Kamerad Westholz folgt hier den Gedanken von Silvio Geseh. Im „Hilfskraf“, dem Organ der Silvio Geseh'schen Selbsthilfsgesellschaft, wird dieser wie folgt gewertet: „Silvio Geseh ist der Bahnbrecher der neuen Zeit. Auf seinen Schultern ruht der Zukunftsstaat, die einzige Hoffnung, die das Dunkel der Jetztzeit verheißungsvoll durchleuchtet.“ Silvio Geseh ist zweifellos ein scharfsinniger Denker; mit derartigem Ueberfluge, wie er auch in Versammlungen, Privatgesprächen usw. zum Ausdruck kommt, wird ihn und uns aber nicht bediene. Nüchtern und vorurteilsfrei betrachtet erscheint es uns, daß nicht die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes über die Produktion, sondern umgekehrt: die Produktion über die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes entscheidet. Der Umlauf des Geldes wird durch die Preisbildung bestimmt, die sich in freier Wirtschaft nach Angebot und Nachfrage regelt. Durch eine Geldreform allein lassen sich die Gesetze der Wirtschaft nicht grundlegend umstellen. Ein Fachmann auf diesem Gebiete, Dr. Oskar Stille, hat im „Grundstein“ hierüber einen beachtenswerten Artikel veröffentlicht, worin es heißt:

Silvio Geseh ist ein Sozialreformer, der im Gegensatz zu der Sozialdemokratie die soziale Frage nicht durch die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln lösen will, sondern unter dessen Beibehaltung, also nicht auf dem Boden des Sozialismus und der Vergesellschaftung, sondern dem des Individualismus. Es ist ihm gelungen, seine Lehren in eine Formel zusammenzufassen, die, einem Zauberspruch gleich, eine außerordentliche Suggestivkraft ausübt und, wie jede solche Formel, eine Anzahl Probleme in sich schließt. Diese Formel, die gleichsam wie eine Kugel am Wirtschaftshimmel der Unterdrückten und Leidenden aufsteigen ist, lautet: Freiland — Freigeld. Die Durchführung des diesem Schlagwort zugrunde liegenden Gedankens soll zu einer natürlichen, das heißt rentenfreien Volkswirtschaft führen. Rentenfrei bedeutet: frei von arbeitslosem Einkommen, das heißt von Zins und Grundrente.

Wie aber soll diese ungeheure Umwälzung durchgeführt werden? Nun, zunächst durch die Einführung des Freigeldes. Freigeld ist ein Geld, das frei ist von den Rängen des heutigen Geldes. Diese Ränge bestehen darin, daß es seiner Aufgabe, dem Verkehr und der Kaufvermittlung zu dienen, das heißt also der Funktion, für die es bestimmt

Gesell glaubt, daß das Geld der archaische Punkt sei, von dem aus die ganze Wirtschaftswelt aus den Angeln gezogen werden könnte.

Es bringen sich einem vielmehr noch weitere Bedenken grundsätzlicher Natur auf, und diese liegen vor allem in den inneren Widersprüchen, die die Freigeldtheorie aufweist.

Aber das Freiland-Freigeld-System leidet noch an einem weiteren inneren Widerspruch, der ihm gefährlich ist als der erste.

So weit Dr. Stille. Danach wird die Gesellschaft Selbst- und Landreform durch die erhofften Wirkungen haben, noch an dem Charakter der Wirtschaft etwas ändern.

**Gesetzgebung und Verwaltung.**

**Sitzung der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau.**

In der am 16. Dezember in Essen abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes wurde nochmals zu den in der letzten Plenarsitzung an die beiden genannten Gruppen zurückverwiesenen Anträgen betreffend Einführung von elektrischen Grubenlampen und Vorbildung der Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgem. Berggesetzes Stellung genommen.

Die nachfolgenden Anträge wurden einstimmig angenommen und beschlossen, dieselben nunmehr dem Preussischen Oberbergamt in Dortmund zu übergeben.

**I. Einführung von elektrischen Grubenlampen.**

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ist der Auffassung, daß die Einführung von elektrischen Grubenlampen nicht generell erfolgen kann; es sind vielmehr die Gruben mit besonderer, ohne wesentliche Veränderung der Grubenentwicklung die Einführung der elektrischen Grubenlampen geboten erscheint, sind die beiden Gruppen weiterhin der Auffassung, daß die folgenden Personen, welche mit einer Sicherheits-Beleuchtungs-Lampe ausgerüstet werden, insbesondere Betriebsleiter, Ortsleiter, Schichtführer, Schichtmeister, Schichtschreiber, Feiertagskontrolleure und Beamte ohne abgeleitete Bergschulbildung, für eine Befähigung durch die Betriebsleitung des Betriebs zu unterzeichnen haben, die sich auf die Befähigung von Grubengangsamtungen und deren Begehung zu beziehen hat.

**Bleib handhaft!**

Das Leben ist Kampf, drum kämpfe und lebe und laß dich zu Boden nicht zwingen; so schwer es auch sei, bleib handhaft und strebe, das Glück für dich zu erringen.

**Am Denkmal Karl Legiens.**

Ein kalter Dezembermorgen! Staus in Grau blüht der Winter, und uns ins Abteil hinein, als wir hinausfahren nach Friedrichshagen, um den Gedächtnistag für unseren Karl Legien zu feiern.

Unter diesem schlichten Hügel liegt, was Perle war an unserem Leben, ja uns aber trug wie sein Andenken, das unaussprechlich sein sollte, solange eine Hand den Hammer führt, solange proletarische Herzen schlagen.

**II. Vorbildung der Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgemeinen Berggesetzes.**

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ersucht das Preussische Oberbergamt in Dortmund, bei der Verpflichtung von Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgem. Berggesetzes darauf zu achten, daß alle für den Grubeneinsatz zu verpflichtenden Personen diejenige theoretische und praktische Vorbildung besitzen, die allen Anforderungen nach Schutz von Leben und Gesundheit der Untertage-Beschäftigten entspricht.

Die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes hat bei in mehreren Sitzungen mit der Frage über Einführung des Gesteinsaubereifahrens beschäftigt und das nachstehende Gutachten angefertigt, welches dem Oberbergamt in Dortmund übersandt worden ist:

- 1. die Anlage von Wander-, Strecken- und Hauptstrecken im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend geboten erscheint und zwar generell für alle Gruben;
2. bei dem Schieben in der Kohle die Anwendung von Gesteinsaubereifahren zureichend erscheint;
3. nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde und unter Mitwirkung der Betriebsvertretung eine Bekreuzung aller Grubenbaue oder Teile derselben (Vollkreuzung oder Teilkreuzung) erfolgen darf;
4. Flugstöße nur für Sperren, nicht aber zur Bestreuung verwendet werden darf, solange die Gegenverwaltung nicht in der Lage ist, genügend Tonk-Isolieraubereifahren zu stellen;
5. die Verleisungsanlage in allen Fällen in gebrauchsfähigem Zustand gehalten werden muß und Auswüchsen nur mit Einverständnis des Oberbergamts und der Betriebsvertretung gemacht werden dürfen.

**Begründung:**

Zu 1 und 2. Bei häufiger Anwendung von Sprengen und Gesteinsaubereifahren darf eine mögliche Bekreuzung einer etwaigen eingetretener Explosion, eventuell die Verhütung der Entstehung einer solchen, erwartet werden.

**Mietserhöhung in Wetzlar.**

Die Gutehoffnungshütte hatte beim Mietniedrigungsamt in Essen den Antrag gestellt, die Grundmiete für die Wetzlarwohnungen der Zeche Ludwig zu erhöhen.

In ihrer oben bezeichneten Mietrechtsfrage wurde in der Sitzung des Mietniedrigungsamts vom 8. November beschlossen und verkündet wie folgt:

Der Antrag auf Erhöhung der Grundmiete wird abgelehnt. Der Vermieterin wird ab 1. Okt. 1921 der Höchstsatzschlag von 90 Prozent bewilligt. Wegen der Bedeutung der Sache wird der Vermieterin eine Gehör in Höhe des dreifachen Betrages der Gerichtskosten auferlegt, außerdem trägt dieselbe die baren Auslagen des Verfahrens und die Kosten des Gutachtens.

**Von den Betriebsräten.**

**Rute-Wirtschaft.**

Die Betriebsräte haben kein Mitbestimmungsrecht. Wie schädlich diese Unzulänglichkeiten des Betriebsratsgesetzes auf die Volkswirtschaft wirken kann, zeigt folgender Fall: Die Zeche Hammerthal, welche mit der Zeche Blankenburg wirtschaftlich verbunden ist, bekommt ihre Kohle aus dem letztgenannten Sachanlage durch eine circa 3 Kilometer lange unterirdische Rohrleitung zugeführt.

**Was ist Wahrheit?**

Seit der Mensch geworden, beschäftigt ihn die eine Frage: Was ist Wahrheit? Ein primitives Suchen zuerst; ein tiefes philosophisches Eindringen in das Problem des Lebens später. Und das ist das Bedeutsame dieses ewigen Suchens; jedem ist es gegeben, der nur ein fragendes Herz in der Brust trägt.

**Was ist Wahrheit?**

Was ist Wahrheit? Ein primitives Suchen zuerst; ein tiefes philosophisches Eindringen in das Problem des Lebens später. Und das ist das Bedeutsame dieses ewigen Suchens; jedem ist es gegeben, der nur ein fragendes Herz in der Brust trägt.

zum 15. Dezember mußten in diesem Jahre schon 250 Schichten gemacht werden, um die zugeordnete Leistung wieder aufzutauen. Außerdem sind große Mengen Grubenholz, Benzin usw. verbraucht worden.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**

**Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet**

hat sich im November arbeitskräftig auf 320 522 Lo. gestellt, was damit 100% um 11 000 Lo. höher als im Oktober. Da dieser aber 1% arbeitskräftiger war, blieb die Gesamtförderung im November mit 7 772 668 Lo. um rund 274 695 hinter der normalistischen Jurid.

**Verteuerung der Kohlen durch Transportkosten.**

Wenn je nach der Entfernung von den Zechen die Verbraucher jezt 600-800 Mark für die Tonne, oft sogar keineswegs erschaffliche Kohlen zahlen müssen, so wird das leichtlich den hohen Bergarbeiterlöhnen zur Last gelegt. Keine einmal eine absolute objektive Aufstellung der Lohnkosten pro Tonne Förderung unter Anrechnung der Nebenvertriebe zur Veröffentlichung, so würde die öffentliche Meinung ein ganz anderes Bild, als sie jezt hat, von dem Lohnanteil am Kohlenpreis erhalten.

Table with 3 columns: Year, Coal production (Tons), and Coal price (Mark). Rows for 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, and 1921 (to Oct.).

Von 1914 an vertingerte sich die Spannung zwischen Schiff- und Eisenbahnfrachten von Jahr zu Jahr, bis im Jahre 1920 die Schiff- frachtsätze weit über die Eisenbahnfrachten stiegen. Mit der fortschreitenden Reorganisation der Eisenbahn machte sich jedoch wieder die Konkurrenz des schnelleren Seinenweges gegenüber der langsamen Wasserstraße geltend.

**Moderne Bilanzaufstellung.**

Das Konsolidierte Braunkohlenbergwerk Maria bei Mendorf erzielte auf Kohlenkonto Gewinne 1918-19: 1 640 023, 1919-20: 5 945 876 und 1920-21 nur 1 685 262 Mk. Woher dieser starke Gewinnrückgang? Die Verwaltung gibt für 1920-21 plötzl. den „reinen Betriebsüberschuss“ an, verbleibend aber nicht mehr die Kosten der Förderung usw., weilt auch Ausgabenposten, die vorjährig über 48 Mill. Mark ausmachten, gar nicht mehr aus!

**Trotz der „Zwangswirtschaft“!**

Im Antseheinischen Braunkohlenbergbau betrug die Kohlenförderung im November d. J. 2 817 243 Lo., im November 1920: 2 713 738 Lo. Die Förderung ist gegenüber November 1920 um 3,8 Prozent gestiegen.

Die Bricketherstellung betrug im Berichtsmonat: 593 295 Tonnen, im November 1920: 586 547 Lo. Sie stieg im November 1921 gegenüber November 1920 um 1,1 Prozent.

An Wagen wurden im November 1921: 76 338 gestellt, im gleichen Monat des Vorjahres: 75 463.

Der Monat Oktober erbrachte eine ausgelesene und gewöhnliche (!) Kohlenförderung von 749 554 Tonnen gegen 908 693 im Vormonat.

**Aus dem Saargebiet.**

Der Monat Oktober erbrachte eine ausgelesene und gewöhnliche (!) Kohlenförderung von 749 554 Tonnen gegen 908 693 im Vormonat.

Dann schieden wir vom Denkmal, nicht von unserem Legien, der in unserem Herzen lebendig bleiben wird.

**Friedrich Engels über das Lumpenproletariat.**

Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut lauslich und absolut zudringlich.

**Was ist Wahrheit?**

Was ist Wahrheit? Ein primitives Suchen zuerst; ein tiefes philosophisches Eindringen in das Problem des Lebens später. Und das ist das Bedeutsame dieses ewigen Suchens; jedem ist es gegeben, der nur ein fragendes Herz in der Brust trägt.

Im Oktober sind an fünf Tagen Festschichten eingesetzt worden, demnach haben sich die Halbenstände um 62 700 T. erhöht. Also hat auch die Beschäftigung der Kohlenpreise nicht den erwarteten Mehrertrag gebracht. Um diese Zeit ging der Kurs der deutschen Reichsmark sehr stark abwärts. Dadurch wurde der Franken teurer, infolgedessen hatte die Preisermäßigung nicht die erhoffte Wirkung. Am 1. Dezember sind die Löhne um drei Franken täglich reduziert. Da nach dem letzten Anweisung (2. Viertel 1921) die Untertagsarbeiter durchschnittlich 19,01 Fr. die Obertagsarbeiter 18,03 Fr. Sachverdienst hatten, der Gesamtdurchschnittsverdienst also 18,50 Fr. betrug, so wird er sich nach dem neuen Lohnabzug auf nur 15,50 Fr. stellen. In neuerer Zeit haben die Festschichten aufgehört, das hängt auch mit der Besserung des Marktumsatzes zusammen. Es ist ja nicht so, wie volkswirtschaftlich Ungeachtet annehmen, daß die Saarbevölkerung sich am besten stellt, wenn der Frankreich am höchsten ist, sondern dann gerade ist der Absatz der Saarindustrie am schlechtesten. Von alterher wirtschaftlich und kulturell zusammenhängende Landesteile werden geschädigt, wenn man mit ihnen währungsrechtliche Dr.-Ellenbar-Kuren macht. Nicht ohne kritische Gründe ist in dem Genfer Ausschuss über Oberschichten die Wertschätzung der reinen Marktwährung vorgezeichnet. Zum Unglück für die Saarbevölkerung ist die außerordentlich schwierige Währungsfrage zu einem nationalpolitischen Propagandamittel verzerrt worden. Nationalistische Spekulationslust hat das übrige hinzugefügt. Aber dem Saarbergbau nicht geholfen. Eine den Arbeiterorganisationen überreichte Kopie- und Gehaltsrechnung ergibt pro Tonne Kosten (in Franken):

	Sept. 1921	Dez. 1921
Löhne	24,29	27,41
Gehaltskosten	56,74	47,72
Einnahme pro T. inkl. Transport u. Steuer	76,50	63,60
Netto-Einnahmen	64,48	50,14

Für die Kohlenverbraucher kommen natürlich die Preise der Kohle inkl. Transport (3,50 Fr.) und Kohlensteuer (2,26 Fr.) in Betracht. Bei dem gegenwärtigen Stand des Frankenkurses (ca. 14 Mark) stellt sich der Kohlenpreis auf ungefähr 840 Mt., also um mehrere Hundert Mark höher als vor dem letzten Krieg. Statt der Frankenteile auf dem Markt, den er im Sommer 1921 meist hatte (6 bis 7 Mt.), denn sind die Saarsteine billiger als die Ruhrkohlen, steigt der Frank aber wieder auf etwa 20 Mt., dann fällt der Absatz wieder. Unsere Kameraden erleben daraus, wie kurzzeitig die Leute sind, welche sich über einen hohen Frankkurs freuen, es sei denn, es handelt sich um Wirtschaftspolitiker. Unser Saargebiet hat also das höchste Interesse an der Befestigung der großen Währungsunterschiede. Im Saarstaatlichen Kohlenbergbau schafften Ende Oktober 75 633 Personen, etwa 200 weniger wie im September. Diese große Masse mit ihren Familienangehörigen arbeitet durch das Hin- und Herbewegen der Wertschöpfungsprozesse, die unzulänglichen Beschäftigten über Dinge sortieren. Die Saararbeiter sind daher auch im höchsten Maße interessiert an einer internationalen Wirtschaftsregelung auf nationalpolitischer Grundlage. Das sie bald kommt, das ist unsere Hoffnung auf das neue Jahr. (Schluß)

### Internationale Rundschau.

#### Gegen die Gewerkschaften und den Achtstundentag.

Der Kampf setzt an allen Fronten ein. Die Unternehmer der durch die wirtschaftliche Depression betroffenen Länder nützen die schwere Lage zur Unterbrechung der gewerkschaftlichen Organisationen aus. Alle Mittel taugen ihnen zu diesem Kampf, und es hängt nur von den jeweiligen Machtmitteln ab, ob sie es wagen, offenkundig mit Gewalt aufzutreten oder ob sie es vorziehen, zunächst verborgen auf Umwegen den Einfluss der Gewerkschaften zu schwächen.

In den Ländern, wo die Arbeiterschaft nicht genügend organisiert oder aber durch innere Uneinigkeit gespalten, in ihrer Widerstandskraft gelähmt ist, bedarf es keiner verheerenden Angriffe: Justiz und Behörden arbeiten den Unternehmern in die Hände. Wir erinnern nur an den gerichtlichen Auflösungsbeschluss der G. O. Z. (Gewerkschaftszentrale) in Frankreich und an die Verfügungen der amerikanischen Justiz, die diese von Zeit zu Zeit gegen die Gewerkschaften erläßt. Es bedarf aber auch keineswegs des Umweges über die Behörden: in diesen Ländern wagen es die Arbeitgeber, selbst die Auflösung der Gewerkschaften als Forderung aufzustellen. Es sei hier nur an das einseitige Aufheben des Arbeitsvertrages durch den Unternehmerverband in Frankreich erinnert, die Auflösung der Organisationen der Beamten und der „illegalen“ Gewerkschaften der Arbeiter forderten. Dem entspricht in Amerika das Rückgängigmachen des „Lose Shop“-Prinzips (womach nur organisierte Arbeiter in den Betrieben angestellt werden dürfen), — offenbar ein direkter Angriff gegen die Gewerkschaften.

Nicht so offenkundig, aber kaum weniger gefährlich, sind jene Angriffe gegen die Gewerkschaften, die auf Umwegen ihre Nachschublinien trachten. Wo die Arbeitgeber es nicht wagen, durch direkte Verfügungen oder durch einen Machtspruch die schrittweise zu machen, dort haben sich andere Mittel gefunden: man trachtet, jene Veranlassungen aus dem Wege zu räumen, die zwar selbst nicht gewerkschaftlich, dennoch die Grundlagen und Lebensbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung sind und von ihr getragen werden. (Böhmischer, Schlichtungsämter, Vertriebsräte.) So trachtet man in England, die „Trade Boards“ (Verbandsräte) beständig aufzulösen, weil darin die Gewerkschaften vertreten sind und deren Entwicklung fördern. Und sogar in Australien, wo bis heute die sozialpolitischen Einrichtungen verhältnismäßig frei entwickelt konnten, soll das Schlichtungsverfahren demnach eingeschränkt werden, das sich die Gewerkschaften durch diese Maßnahmen geradezu in ihrer Existenz bedroht fühlen.

In der Schweiz werden neuerdings die Tarifverträge von den Arbeitgebern angegriffen; indem man sie aus der Welt schaffen möchte, glaubt man die dahinter stehenden Gewerkschaften zu treffen.

Aber auch dort, wo es den Anschein hat, als handelte es sich nur um Lohnkämpfe, sind dies nur vorgeschobene Köpfe eines Kampfes, der auf allen Fronten tobt und gegen die Gewerkschaften geht. Sehr zutreffend werden deshalb die gegenwärtigen Lohnkämpfe in Italien durch den Sekretär des Gewerkschaftsbundes, D'Aragona, charakterisiert, wenn er sagt: „Diese Kämpfe gehen heute nicht von der Arbeiterschaft, sondern vom Unternehmertum aus; sie zielen nur scheinbar auf die Löhne, ihr wirkliches Ziel ist die gewerkschaftliche Organisation, der die Unternehmer an den Fersen wollen.“

In der Tat — es geht um die Macht der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften werden auf dem Posten sein müssen, um die Angriffe, sowohl die direkten als auch die verheerenden, abzuwehren.

#### Die Offensive gegen den Achtstundentag

nimmt je nach den Umständen verschiedene Formen an. In Polen soll das Gesetz von 1920 über den Achtstundentag abgeändert und eine zehnstündige Arbeitszeit ermöglicht werden. In den Handelsgebieten und im Baugewerbe soll noch länger gearbeitet werden. In England, wo die achtstündige Arbeitszeit nur durch Tarifverträge gewährleistet ist, trachten die Unternehmer, die Arbeitszeit — trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — auszuwehnen. In der Maschinenindustrie, für Dockarbeiter, bei den Transporthelfern und im Baugewerbe soll zunächst die Arbeitszeit verlängert werden. Die Arbeiterschaft, besonders die Aufhebung der sozialen Erzeugnisse des Achtstundentages. Die parlamentarischen Kommissionen, die sogenannten Whitley-Komitees, beschäftigen sich jetzt mit dieser Frage; es bleibt abzuwarten, ob deren Beschlüsse, wenn sie für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages ausfallen, von den Unternehmern akzeptiert werden.

Bezeichnend ist das Vorgehen bei den 3000 französischen Kleinunternehmern der Alpine-Montangebietes, die in der Organisation, deren Herrschaft jetzt in die Hände von Gläubigern geht. Einem überreichlichen Wirtschaftskreislauf zufolge hat Stinnes persönlich den Arbeiterbetriebsräten nahegelegt, das Unternehmen würde die Arbeiter mit Lebensmitteln versehen, wenn sie dafür in eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden einwilligten.

Der Verband Schweizerischer Schreinermeister, der nur ungefähr den fünften Teil der Schweizer Schreinerbetriebe umfaßt, hat an das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement das Gesuch gerichtet, die Normalarbeitswoche für das gesamte schweizerische Schreinergewerbe auf 52 Stunden zu verlängern. Der Preisabzug erfordert, daß die Arbeiter länger arbeiten unter Ausbleib des bisherigen Lohnes auf die verlängerte Arbeitszeit. Die wöchentliche Lohnleistung von drei Stunden mit Lohnausgleich entspricht einem Lohnabzug von 8 Prozent. Die Meister

errechnen für drei nicht näher nachprüfbare Fälle eine Verbilligung der Produktion von 2,70 bis 3,30 Prozent.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hat die Gegenforderung aufgestellt, das Gehalt des Verbandes der schweizerischen Schreinermeister als ganz unbegründet abzuweisen, da sie für ihre Arbeiter nicht einmal für ihre 48 Stunden Arbeit haben und selbst monatlich etwa 2000 Holzarbeiter fast ganz oder teilweise arbeitslos sind.

So verflucht das internationale Kapital mit allen Mitteln, die sozialpolitischen Fortschritte der Nachkriegszeit zu begraben.

#### Die französischen Bergarbeiter

haben einen 24stündigen Proteststreik gegen die kapitalistische Wirtschaft durchgeführt. Statt der vorhergehenden Periode des Wohlstandes hat der für Frankreich militärisch günstige Kriegsausgang nach kurzem Aufleben einen starken Niedergang des Wirtschaftslebens gebracht. Obgleich die Kohlenförderung insgesamt nur erst etwa 60 Prozent der Friedensmenge erreicht hat, sind die Löhner überflüssig. Die billige britische Reparationskohle und die stark im Preise herabgesetzte englische Kohle macht der französischen bedeutende Konkurrenz. Natürlich soll das durch Lohnabzüge ausgeglichen werden. Schon sind 12 bis 15 Prozent Lohnabzug erfolgt, die Unternehmer fordern weitere und sich zu verlängern! Dagegen richtete sich der Streik. Am Westen der Kräfte kann man nichts ändern. Frankreich leidet wie die anderen Länder an den Kriegsfolgen und an der Unversicherheit des Verkaufes der Produkte und an der Unversicherheit der Wälder. Die französischen Arbeiterverbände haben das abzuwehren, aber ihr Einfluß ist nicht ausreichend, um die nationalpolitischen Politiker zu dämpfen. Außerdem haben die „Kommunisten“ für die Bekämpfung der Wirtschaftskrisis gesorgt.

#### Vom amerikanischen Bergarbeiterverband

erfahren die europäischen Bergarbeiter nur selten etwas. Wegen der weiten und sehr kostspieligen Reise nehmen die Vertreter des Bergarbeiterverbandes Amerikas (United Mine Workers) an den Sitzungen des Internationalen Bergarbeiterkomitees nicht teil, sondern lassen sich nur auf dem Internationalen Kongress vertreten. Die Protestmissionen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Wien, Berlin, bringen nun einen Bericht über die dem 20. September bis 5. Oktober in Indianapolis stattgehabte Generalsammlung der Amerikaner. An der Eröffnungssitzung nahmen 1500 Vertreter teil, doch haben insgesamt 227 Delegierte dem Verbandstage beigewohnt. Die besonders schwer zu lösende Lohnfrage wurde bis zu einem im Februar 1922 erneut zusammenzutretenden Verbandstage vertagt. Diesem soll ein besonderer Ausschuss Vorschläge unterbreiten. Der Verbandstag gelangte schließlich durch innere Kämpfe aus. Diese begannen schon bei dem Teil der Delegierten, der von einer Ausgabe von 27 000 Dollar handelt, die der Bergarbeiterverband Illinois zur Unterbrechung eines streikenden Streiks verwenden sollte. Entgegen der schroffen Haltung der Bezirksleitung forderten der Verbandsvorstand und auch der Verbandstag genaue Nachweise der Verwendung dieser Summe. Nach größeren Sturm rief die Behandlung von zwei von der Bezirksleitung nicht gebilligten Streiks in Kansas hervor. Da sie eine Verteilung bestehender Umlagen beanspruchten, hatte der Vorstand dem Bezirksleiter aufgegeben, den Kampf abzubrechen, doch lehnte dieser dies ab. Schließlich wurde die Haltung des Vorstandes mit 773 gegen 1701 Stimmen abgelehnt, doch konnte von da an der Verbandstag nur unter vielen Störungen fortgeführt werden. Der Verbandstag trat schließlich für die Sozialisierung des Bergbaues ein. Zu diesem Zweck soll dem Bundeparlament durch den Vorstand ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ankauf aller Kohlenvorkommen durch den Staat vorseht. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, mit den Gewerkschaften der Eisenbahnen zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen, um die Durchsetzung der Verstaatlichung der Eisenbahnen als ersten Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung, die später fortzuführen wäre, um auch die Kohlenminen in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Die gleichen Bestrebungen sollen auch auf Kanada, auf das sich bekanntlich die nordamerikanischen Gewerkschaften auch erstrecken, ausgedehnt werden.

#### Knappschäftliches.

#### Generalversammlung des Allgemeinen Knappschäftvereins.

Die Generalversammlung fand am 21. Dezember in Bochum statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. Reuwohl des Vorstandes und Anträge auf Änderung der Satzung.

Herr Geheimrat Dr. Weidmann, der die Versammlung eröffnete, stellte fest, daß von den Werksbesitzern 51 Vertreter mit 3735 Stimmen anwesend waren, von den Arbeitnehmern 80 Abgeordnete mit 80 Stimmen. Die Wahl der Vorstandsmitglieder von Werksbetriebsseite ging glatt vor sich, da hier nur eine Liste vorlag. Die Arbeiterdelegierten wählten zwei Vorkandidaten ein, eine Liste Ludwig Fischer (Bergarbeiterverband), die andere Peter Klein (christlicher Gewerksverein). Gewählt wurde die erste Liste, auf die 55 Stimmen entfielen. Die zweite erhielt 25 Stimmen. Somit waren die Vorstandsmitglieder mit erdrückender Mehrheit gewählt worden. Eine Wahl der Vertreter zum Oberschiedsgericht konnte nicht vorgenommen werden, da nach einer Erklärung des Vorsitzenden ihm von der Instanz, die diese Wahl zulassen sollte, der Bescheid erteilt wurde, daß noch immer der Kriegszustand bestände und deshalb nicht gewählt werden dürfe.

Zur Satzungsänderung lagen mehrere Serien von Anträgen vor. Bekanntlich haben die Vertreter in der vorigen Generalversammlung die weitergehenden Anträge, die sie zur Satzungsänderung stellten, zurückgelassen, als die Werksbesitzer ein Entgegenkommen in verschiedener Hinsicht zeigten und anzunehmen war, daß der Reichsknappschäftverein bald verwirklicht würde. Da aber diese Voraussetzung bisher nicht eingetreten ist, haben sich die Vertreter unteres Verbandes gezwungen, wiederum Verbesserungsvorschläge zu stellen, damit in der Reform beim Knappschäftverein kein Stillstand einträte. Vor allen Dingen forderten sie eine Erhöhung des Krankengeldes, des Sterbegeldes, weiteren Ausbau der Familienhilfe sowie eine sofortige Lohnerhöhung von 400 Mark für die Invaliden, bezüglichen eine fortlaufende Erhöhung der Lohnerhöhung von 300 Mark. Ramentlich die niedrigen Krankengeldsätze, die nach dem bisher geltenden gesetzlichen Grundlohn von 30 Mt. berechnet wurden, waren unerträglich. Unseren Bemühungen betr. Erhöhung des Grundlohnes bis zur Höhe des wirklichen oder durchschnittlichen Arbeitsverdienstes, blieb leider der Erfolg verweigert. Erst in diesen Tagen wurde bekannt, daß der Reichstag einen Initiativentwurf angenommen, nach welchem der Grundlohn auf 40 Mt. bzw. 50 Mt. festgesetzt wird. Da die näheren Bestimmungen über die Höhe des Grundlohnes noch nicht bekannt sind, die Generalversammlung also nicht endgültig darüber beschließen konnte, wurde ein Antrag zur Satzung beschlossen, der den Vorstand ermächtigt, die Lohnsätze für die Berechnung der Vorleistungen der Krankenkasse und der Beiträge dem neuen Gesetz über den Grundlohn anzupassen, sowie die anderen Bestimmungen über die Krankenkasse zu ändern.

Der Vertreter Generaldirektor Wiestler erklärte, daß eine Satzungsänderung nicht ratsam sei, weil sie der Schaffung des Reichsknappschäftvereins hinderlich wäre. Die Werksbesitzer seien aber zu Zugeständnissen bereit. Er sagte:

1. Die Lohnsätze für die Berechnung der Vorleistungen der Krankenkassen und der Beiträge sollen der gesetzlich zugelassenen Höchstgrenze für die Bemessung des Grundlohnes angepaßt werden unter der Voraussetzung, daß die übrigen gesetzlichen Grundlagen für die Bemessung des Krankengeldes sich nicht ändern. Hierzu soll der Vorstand ermächtigt werden. Die vom Vorstand zu treffende Regelung soll, falls sich aus dem Gesetz kein anderer Zeitpunkt für die Inkraftsetzung ergibt, am 1. Januar 1922 in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1922 gelten.

2. Die Werksbesitzer sind damit einverstanden, daß die Familienhilfe vom 1. Januar 1922 ab dahin geändert wird, daß die Krankenhilfe bis zu acht Wochen gewährt und die Kosten ganz vom Arbeitgeber getragen werden; dafür soll freie ärztliche Behandlung durch Fachärzte für Frauenkassen fortfallen, weil schwerere Fälle nur durch Spezialärzte im Krankenhaus behandelt werden können und besser dort behandelt werden und die weniger schwierigen Fälle dem Kreisarzt zur ambulanten Behandlung überlassen sollen.

3. Es soll in besonderen Fällen mit Zustimmung des Vorstandes Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern und andere Pfleger namentlich dann gewährt werden können, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus abzuwehren oder nicht ausmachbar ist oder ein wichtiger Grund besteht, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu lassen. (Vorgl. S. 175 1920.)

4. Die Zulagen für die bedürftigen Invaliden, Witwen und Waisen sollen rückwirkend vom 1. September d. J. an bis zum Ablauf des Jahres 1922 wie folgt festgesetzt werden: für Invaliden 140 Mt., für Witwen 100 Mt., für Waisen 40 Mt.

Die Entlohnungsgrenze soll betragen für Invaliden 200 Mt., für Witwen 100 Mt., für Waisen 40 Mt. meßr. Gestraft ergibt Kamerad Junges laut des Prot. Er führt aus: Nach der Ausfertigung des Herrn Wiestler erkläre ich im Namen des Anknappschäftvereins vom Bergarbeiterverband: Nachdem der Vorstand beschließt, das Krankengeld dem Grundlohn von 80 Mark entsprechend zu erhöhen, durch Vorstandbeschluss vom 8. November 1921 in einem Krankenhaus für die Dauer von acht Wochen genehmigt worden sind, die Lohnerhöhung für die bedürftigen Invaliden auf 140 Mt., für Witwen auf 100 Mt. und Waisen auf 40 Mt. vom 1. September d. J. an erhöht werden, ziehen wir unsere Anträge zurück. Bei der nun folgenden Abstimmung wurden die Zugeständnisse der Werksbesitzer, die zum Antrag erhoben wurden, einstimmig angenommen. Wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt worden sind, ein Schritt nach vorne ist doch getan. Nach der Generalsammlung ist der Vorstand zusammengesessen und hat, dem Grundlohn von 80 Mt. entsprechend, das Krankengeld der höchsten Lohnstufe für Werksbetriebe von Kindern und für ledige Witwen auf 45 Mt. festgesetzt. Der Werksbetriebe von Kindern unter 15 Jahren, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst nachweislich bestritten hat, erhält eine Zulage von einem Drittel des Krankengeldes oder pro Kind 4 Mark täglich. Das Krankengeld mit Zulage für drei Kinder beträgt also 60 Mark ab 1. Januar 1922.

Die Bergarbeiterverbände haben ihre Forderungen, deren Befriedigung dem Zustandnis der Ueberflachten vorangehe, den Unternehmern und den Regierungskommissionen schon vor Wochen unterbreitet. Die Verhandlungen sind nicht nur nicht vorwärts gekommen, sondern von einem sehr kompetenten Unternehmervertreter hörten wir, daß derselbe auf Ueberflachten kein Wort mehr gelegt wird. In den großen Handelszeitungen wird bereits über eine eingetretenen Konjunkturmischung berichtet. Eine Reihe von Großhandelspreisen sind im Fallen begriffen. Die unsinnige Ueberflachten der Preise bricht schon den Absatz herab. Vermutlich werden bald die in der Hoffnung auf weitere Preissteigerungen von dem Zwischenhandel aufgespeicherten Warenmassen zum Verkauf angeboten und der Preisfall wird sich fortsetzen. Begünstigt wird diese Umkehrung natürlich nicht zuletzt durch das Steigen der Mark. Die Unternehmern, welche ja berufsmäßig die Vorgänge auf dem Warenmarkt beobachten, werden sich fragen, daß bei dem Nachlassen der Warennachfrage auch die Anforderung von Kohlen, Holz und Zement nicht nachlassen wird. Dadurch wäre die Ueberflachtenfrage ohne weiteres erledigt. Den Bergarbeiterverbänden kann das nur recht sein, denn sie sind niemals Freunde von Ueberflachten gewesen, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß in erster Linie durch technische Verbesserung die Produktion zu heben ist und nur im äußersten Notfall Ueberflachten zu empfehlen sind. Der einwirkende wirtschaftliche Umschwung wird natürlich auch auf den Kohlenmarkt ungünstig einwirken. Ueberflachten würden gegenwärtig auch noch so viele Ueberflachten einem Kohlenmangel nicht abhelfen, da augenblicklich die Frage des Abtransportes die wichtigste ist. Allein auf den Ruhrgebirgsblättern lagerten am 17. Dezember über 950 000 Tonnen, eine Reihe Schächte haben bereits Feierlichkeiten wegen Kohlenmangel einlegen müssen. Wir wissen, daß die Eisenbahn durch das Verlegen der Wasserstrassen während vieler Monate ganz ausnahmsweise belastet ist; jedenfalls aber wäre es Unfug, jetzt zu Ueberflachten überzugehen. Wie gesagt, auch die Unternehmern legen darauf keinen Wert. Nimmt der begonnene Konjunkturabfall größeren Umfang an, kann wird im großen und ganzen genommen von einer Kohlennot keine Rede mehr sein. Wer lebt, wird sehen. Jedenfalls ist eine Ausweg über die Ueberflachtenfrage unnötig. Dasselbe daneben gegriffen ist es auch, den Bergarbeiterverband mit einem Vorschlag des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch im Verbindung zu bringen. Mehlisch schlägt vor, die Bergarbeiterverbände sollten sich von den Ueberflachtenverdiensten 25 bis 50 Prozent ausgeben lassen, die Summen als „Bergbaukapital“ anlegen, um auf diese Weise zu „sozialisieren“. Es ist die Art der Gesellen, in irgendeiner Form aus den Werksstellen selber zu empfangen. Wie wir über Kapitalbeteiligung der Arbeiter, über Kleinaktionäre denken, ist doch bekannt genug. Den Vorschlag Mehlischs lehnen wir natürlich nicht ab! Schade um die Unruhe, die der Vorschlag bereits in den Delegierten erweckt hat. Die „Kommunisten“ aber sollen hübsch stille mit ihrem Geiz. Geht hin zu den Leuten, wo Unionisten, Kommunisten, Syndikalist und dergleichen noch das große Wort führen, dort werden ohne Ueberflachtenabkommen die meisten Ueberflachten verfahren! Diese billigen Ueberflachten sind den Werksbesitzern natürlich lieber, als wenn sie vertriebsmäßig 100 Prozent Zuschlag zahlen müßten.

#### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Unhöfliche Aufregung wegen Ueberflachten.

Die Bergarbeiterverbände haben ihre Forderungen, deren Befriedigung dem Zustandnis der Ueberflachten vorangehe, den Unternehmern und den Regierungskommissionen schon vor Wochen unterbreitet. Die Verhandlungen sind nicht nur nicht vorwärts gekommen, sondern von einem sehr kompetenten Unternehmervertreter hörten wir, daß derselbe auf Ueberflachten kein Wort mehr gelegt wird. In den großen Handelszeitungen wird bereits über eine eingetretenen Konjunkturmischung berichtet. Eine Reihe von Großhandelspreisen sind im Fallen begriffen. Die unsinnige Ueberflachten der Preise bricht schon den Absatz herab. Vermutlich werden bald die in der Hoffnung auf weitere Preissteigerungen von dem Zwischenhandel aufgespeicherten Warenmassen zum Verkauf angeboten und der Preisfall wird sich fortsetzen. Begünstigt wird diese Umkehrung natürlich nicht zuletzt durch das Steigen der Mark. Die Unternehmern, welche ja berufsmäßig die Vorgänge auf dem Warenmarkt beobachten, werden sich fragen, daß bei dem Nachlassen der Warennachfrage auch die Anforderung von Kohlen, Holz und Zement nicht nachlassen wird. Dadurch wäre die Ueberflachtenfrage ohne weiteres erledigt. Den Bergarbeiterverbänden kann das nur recht sein, denn sie sind niemals Freunde von Ueberflachten gewesen, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß in erster Linie durch technische Verbesserung die Produktion zu heben ist und nur im äußersten Notfall Ueberflachten zu empfehlen sind. Der einwirkende wirtschaftliche Umschwung wird natürlich auch auf den Kohlenmarkt ungünstig einwirken. Ueberflachten würden gegenwärtig auch noch so viele Ueberflachten einem Kohlenmangel nicht abhelfen, da augenblicklich die Frage des Abtransportes die wichtigste ist. Allein auf den Ruhrgebirgsblättern lagerten am 17. Dezember über 950 000 Tonnen, eine Reihe Schächte haben bereits Feierlichkeiten wegen Kohlenmangel einlegen müssen. Wir wissen, daß die Eisenbahn durch das Verlegen der Wasserstrassen während vieler Monate ganz ausnahmsweise belastet ist; jedenfalls aber wäre es Unfug, jetzt zu Ueberflachten überzugehen. Wie gesagt, auch die Unternehmern legen darauf keinen Wert. Nimmt der begonnene Konjunkturabfall größeren Umfang an, kann wird im großen und ganzen genommen von einer Kohlennot keine Rede mehr sein. Wer lebt, wird sehen. Jedenfalls ist eine Ausweg über die Ueberflachtenfrage unnötig. Dasselbe daneben gegriffen ist es auch, den Bergarbeiterverband mit einem Vorschlag des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch im Verbindung zu bringen. Mehlisch schlägt vor, die Bergarbeiterverbände sollten sich von den Ueberflachtenverdiensten 25 bis 50 Prozent ausgeben lassen, die Summen als „Bergbaukapital“ anlegen, um auf diese Weise zu „sozialisieren“. Es ist die Art der Gesellen, in irgendeiner Form aus den Werksstellen selber zu empfangen. Wie wir über Kapitalbeteiligung der Arbeiter, über Kleinaktionäre denken, ist doch bekannt genug. Den Vorschlag Mehlischs lehnen wir natürlich nicht ab! Schade um die Unruhe, die der Vorschlag bereits in den Delegierten erweckt hat. Die „Kommunisten“ aber sollen hübsch stille mit ihrem Geiz. Geht hin zu den Leuten, wo Unionisten, Kommunisten, Syndikalist und dergleichen noch das große Wort führen, dort werden ohne Ueberflachtenabkommen die meisten Ueberflachten verfahren! Diese billigen Ueberflachten sind den Werksbesitzern natürlich lieber, als wenn sie vertriebsmäßig 100 Prozent Zuschlag zahlen müßten.

#### Strafandrohung der Deffektivität.

Mit eiserner Beharrlichkeit ergreift die Tagespresse ihren Befern, die Leistung des Bergarbeiters im Ruhrgebiet sei auf nur reichlich 800 Kilogramm pro Schicht gesunken. Vor dem Kriege habe die Leistung über 900 Kilo — im Bericht des Reichsholzlenverbundes sind 883 Kilo genannt — betragen. Die „Leistungsrechnung“ ist in zweiseitiger Hinsicht irreführend. Vor dem Kriege umfaßte die bei der eigentlichen Gewinnung tätige Arbeiterklasse über 50 Prozent der Gesamtbelegschaft, jetzt nur 42 bis 43 Prozent. Die Zahl der nicht an der Gewinnung direkt beteiligten Arbeiter ist also heute bedeutend (absolut und relativ) größer, was den Forderungseffekt pro Kopf natürlich herabdrückt, ohne daß sich die Menschen weniger quälen. Die Stundenleistung der Bauer ist heute eben so hoch wie vor dem Kriege. Wenn die Unternehmern den Betrieb nicht so organisiert können, daß die unmittelbar produktiv tätigen Arbeiter vermehrt werden, so fragen wir: Warum das Röhmen der privatkapitalistischen Wirtschaftswelt? Außerdem aber ist die „Leistungsrechnung“ falsch, weil als der „Forderungseffekt“ vor dem Kriege die Gesamtproduktion angenommen wurde, während man seit 1919 nur den „Absatzeffekt“ nennt! Das geschieht, um die Preisforderungen mit den durch die neue Effektivitätsrechnung naturgemäß künstlich erhöhten Selbstkosten zu begründen. Der Fall ist möglich, daß die „Leistung“ auf Gesamtproduktion angeordnet, während der „Absatzeffekt“ gefallener ist. Trotzdem erscheint dann in der Jahresstatistik eine Wundervorteilung der Belegschaften.

#### Syndikalistische Berechtigung.

Unter der Ueberschrift: „Die Syndikalist sind sich gegenseitig gut“ berichten wir in der „S.-Z.“ vom 3. Dezember über Verpönderung von Mitgliederbeiträgen zu privaten Zwecken in der syndikalistischen Zeitschrift „S. U. N.“ Diese Notiz hat bei den Schürerer Syndikalisten Aroch entsetzt mit dem Erfolg, daß das Geld zurückgezahlt werden mußte. Uns wurde eine Berechtigung mit Berufung auf den § 11 des Preussengesetzes zugesandt, in welcher man eine Ueberlegung des von uns Befragten versucht wird. Charakteristisch ist es schon, daß keiner der Schürerer Syndikalisten den Ruf fand, die Berechtigung zu unterstreichen. Diese ist nur mit folgendem eigenartigen Stempel versehen: „Freie Berechtigung der Bergarbeiter, Ortsvereine Schären, Mitglied der Freien Berechtigung deutscher Gewerkschaften“. Nebenher bemerkt, daß dieser Stempel mehr Geld als syndikalistisch aus. Die Fronte der Geschichte will es nun einmal, daß der Berechtigungsparagraf die „verrückte Nummer 11“ trägt. Die Ursache der syndikalistischen Berechtigung wird in diesen Umständen zu suchen sein, weil ihr ja jede andere Berechtigung fehlt. Aber nicht nur aus preussengesetzlichen Gründen kann man die Aufnahme der Berechtigung ab, sondern auch im Interesse der Berechtigten selbst. Wir wollen Ihnen jede weitere Auskunft ersparen, die wir Ihnen sonst bereiten müßten.

# Kameraden!

Laut § 9 unseres Statuts tritt ab 1. Januar 1922 im Anschluß an die letzte Lohnerhöhung im gesamten Bergbaugbiet eine weitere Beitragserhöhung ein. Die neuen Marken gelangen in der ersten Dezemberhälfte an alle Zahlstellen zum Versand. Die bisher gebräuchlichen Marken werden mit der Dezemberabrechnung eingezogen und müssen daher restierende Beiträge bis Jahreschluss mit den jetzigen Marken nachgeliefert werden. Die erhöhten Ausgaben für Streiks und sonstige Unterstellungen, die weitere Geldentwertung und Aufrechterhaltung des Kampfscharakters unseres Verbandes bedingen, daß die Beitragserhöhung in allen Revieren reiflos durchgeführt wird. Am nicht schon mehrmals Gesagtes wiederholen zu müssen, verweisen wir auf die schon öfter in der „B.-Z.“ gebrachten Begründungsartikel zur Beitragserhöhung. Wir erwarten von allen Kameraden, daß sie geschlossen für die Beitragserhöhung und damit für den weiteren Ausbau unseres Verbandes eintreten. Wer seine Organisation im Stich läßt, übt Verrat an seinen Kampfgenossen und gibt damit sich selbst und seine Existenzberechtigung auf. Darum sorgt alle für den Eintritt aller in unseren Verband! Weil jedoch alle Bezirke auf einmal nicht mit den neuen Marken beliefert werden können, legt die Beitragserhöhung in den Außenbezirken Hildesheim, Salzgungen usw. schon ab 1. 12. 1921 ein.

## Die Gelsenkirchener Unionleitung in der Klemme.

Die Gelsenkirchener Unionleitungen haben sich infolge ihrer Unfähigkeit so selbsterwartend, daß wir sie vollkommen in der Gänge haben. Jeder Bezirk, ihren verwerflichen Drang gegen uns öffentlich zu bekämpfen, bedarf nur eines Nachdrucks auf die Gänge und einige Maulschellen und sofort sind alle Lesersmäuler verstummt. Der aufmerksame Beobachter wird gefunden haben, daß unser bewährtes Mittel wochenlang, ja sogar monatelange Maul- und Klauenzeuge bei der Gelsenkirchener Unionleitung ausgeübt hat. Zu unseren Beschuldigungen ist nämlich der Wirtschaftskreislauf, die tapferen Arbeiterrevolutionäre wie ägyptische Mumien. Weil sie öffentlich ihren Schmutz gegen uns nicht mehr los werden können, ohne einer entsprechend bemessenen Strafe Prügel gewärtig zu sein, betätigen sie ihre Hinterhältigkeit und anonymer. Nun haben wir sie wieder mal auf ihren dunklen Wegen ertwischt und all ihre Jammergeschreie werden uns nicht abhalten, ihnen die notwendige Lektion zu verabreichen.

Es handelt sich diesmal um ein Rundschreiben an ihre Obmänner, Funktionäre und Bezirksvorstände, welches den einzigen Zweck hat, Verleumdungen gegen die Verbandslitung und einzelne Verbandstammler auszuwischen. Natürlich ist dieses Schmutzwort anonymer, es ist erlogen wie Münchhausen's Geschichten und keiner der anonymen Schmutzblätter kann den Mut, seinen Namen darunter zu setzen, so daß keiner der „Helden“ beim Konstatieren genommen werden kann. Wir können uns auch mit der Feststellung der anonymen Lüge begnügen, wenn nicht in den Eskuffungen folgendes gesagt würde: „Genossen! Wenn die Verbände glauben, mit So-mus nach Euren Angehörigen zu müssen, sei es in Versammlungen oder an der Arbeitsstelle, dann haut ihnen dieses (die vorher in dem Briefkasten angehängten anonymen Lügen. D. Red.) um die Ohren.“ Da wir nun annehmen, daß die armen, heterogenen Unionmitglieder sich zum Werkzeug dieser Menschen mißbrauchen lassen, müssen wir auf den Inhalt des Rundschreibens näher eingehen, damit unsere Kameraden wissen, warum es sich handelt und die Unionsmitglieder vor Weiterverbreitung warnen und vor Schaden behüten können.

Um der unionistischen Rassenfremden zu verbeden, versucht man in dem Rundschreiben, Unrichtigkeiten in der Verbandsliste nachzuweisen. Wir wollen darauf eingehen, um auch zu zeigen, welcher Ekel in der Union die rechnerischen Arbeiten macht. Es wird dort gesagt, daß laut unserem Jahreskalender für 1919 die Ausgaben für Streiks usw. 2.035.545,18 M. im Jahre 1905 betragen, während nach einem Artikel des Kameraden Husemann in der Jubiläumsnummer 1919 das Verbandsvermögen im gleichen Jahre nur 1.226.445 M. betragen habe. Hieraus schlußfolgert nun der unionistische Adam Riese, daß der Verband in diesem Jahre 809.100,18 M. mehr ausgegeben habe als sein „Verbandsvermögen“ betrug. Der „Rechenmeister“ errechnet dann eine Schuldentlast von 809.100,18 M., die er dann aus nächstem Jahr überträgt und infolgedessen auch im Jahre 1906 Unstimmigkeiten findet. Den unionistischen Uninn findet jeder Kamerad sofort, wenn er das Wort „Gesamtvermögen“ liest. „Gesamtvermögen“ bedeutet die noch vorhandenen Werte nach Abzug der Ausgaben. Die Unionisten ziehen von dem vorhandenen Vermögen, von dem schon alle Ausgaben abgezogen sind, die im vorläufigen Geschäftsjahr gemachten Ausgaben noch einmal (also zweimal) ab und behaupten nun, daß sie Lüge und ehrliche Kerle sind. Nun erst wird uns klar, wie die unionistische Rassenwirtschaft entstehen kann, die herartig beschaffen ist, daß sie das Licht der Welt nicht erblenden darf. Unsere Abrechnungen sind in der „Bergarb.-Zg.“ und unseren Jahrbüchern ausführlich enthalten. Abrechnungen in unseren Kalendern, Nummer 1 u. dgl. haben nicht den Zweck der jährlichen Abrechnung. Der Artikel des Kameraden Husemann sollte z. B. nur den Nachweis führen über die aus Verbandsmitteln geleisteten Kampfunterstützungen. Im Jahre 1905 ist der Verband nämlich auch auf Unterstützung durch die übrige Arbeiterschaft angewiesen gewesen und in dem erwähnten Artikel wird auch gesagt, daß durch Zusammenlegen Beiträge aufgebracht wurden, die nicht in Rechnung gestellt sind.

Nach dieser Kostprobe wollen wir auf weitere Besprechung der unionistischen Rechenkünste verzichten. Alle weiteren Rechenkünste sind auf das beste unionistische Doppelabzugsystem für Ausgaben eingestellt. Diese Menschen wagen von Fälschen und Täuschen zu sprechen. Ein Gluck, daß die Unionsmitglieder wenig oder gar keine Beiträge bezahlen, so daß größeres Unheil dadurch bemerkt wird, weil größere Geldbeträge nicht in die Hände der Herren kommen.

Weiter werden die Kameraden Polorn, Sachse und Otter des Betrugs beschuldigt. Die Anwürfe gegen Polorn können wir nicht nachprüfen, weil dieser Kamerad schwer krank darnieder liegt. Wir erklären jedoch jeden Unionisten, der es wagt, diese Behauptungen öffentlich zu erheben, so lange als plumpen Schwindler, bis er den Beweis für die Anschuldigung erbringt. Die Beschuldigungen gegen Sachse und Otter sind erlogen. Erlogen ist das ganze Rundschreiben, welches von einem feigen Buchstaben als anonymes Nachwort aus dem Hinterhalt gegen den Verband gerichtet ist.

Wenn in dem Rundschreiben gesagt wird, daß das frühere Kontrollkommissionsmitglied Stricker uns das Material übergeben hat, so haben wir hierzu zu bemerken, daß unsere Gewerksmänner noch heute in der Zeitung der Union sitzen.

Unsere Kameraden haben wir zu sagen: Wartet nicht, bis die heterogenen Unionsmitglieder mit diesem Schmutz an euch heranommen. Sagt ihnen im voraus, daß gewissenlose Schwindler sie als Werkzeug benutzen wollen und damit sie vor Beschuldigung der Verleumdungen, weil sie sich dadurch Schaden zufügen können, der ihnen von den anonymen Schmutzblättern nicht erzeigt wird. Stellt ferner den Unionisten folgende Fragen: Warum sind ihre „Bonges“ zu feige, ihre Flugblätter und Rundschreiben mit ihren Namen zu bedecken? Warum darf die Unionleitung nicht ihre Abrechnung veröffentlichen? Warum hat die Geschäftsleitung der Union die Redaktion der „Bergarb.-Zg.“, welche ihr Wirtschaftskreislauf mit dem Mitgliedergeld verleiht, trotz dreifacher Anklage nicht verweigert? Warum hat die Geschäftsleitung der Union die Frage gegen ein Kontrollkommissionsmitglied wegen Betrug auf dem halben Wege zurückgezogen? Diese Fragen werden jede unionistische Fragezettel zu Schweigen bringen. Falls notwendig, werden wir das ganze bisher veröffentlichte Material gegen die Unionleitung zusammenfassen und mit weiterem noch unbenutztem Material versenden.

Zum Schluss bemerken wir noch, daß wir nur mit dem größten Widerwillen uns mit solchen Menschen befassen. Diese Sprache ist jedoch notwendig, weil wir anders den hinterhältigen Verleumdern nicht bekommen können. Notwendig ist diese auch, um die Arbeiterbewegung vom Ungläubigen zu reinigen und diesem ist bekanntlich mit Glacehandschuhen und Morastsprühen nicht beizukommen.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

### Zur Lohnbewegung im Sieg-, Lahn- und Mittelgebiet.

Die letzte Lohnbewegung im Bergbau ist in fast allen Bezirken ohne besondere Schwierigkeiten durch zentrale Verhandlungen erledigt worden. Die vereinigten Arbeitgeberverbände für das Lahn-, Mittelgebiet und Oberhessen weigerten sich, zentral zu verhandeln. Einer Lösung nach Berlin zur Verhandlung durch den Reichsarbeitsminister leisteten sie keine Folge. Verhandlungen, welche auf den 18. November in Siegen für die Braunkohlengruben in Oberhessen und Westfalen angesetzt waren, scheiterten, weil die Arbeitgeber erklärten, daß sie unter keinen Umständen an zentralen Verhandlungen teilnehmen und verbatlen sich ganz energisch die Einmischung der Reichsarbeitsgemeinschaft und

des Reichsarbeitsministers. Sie wollten nur in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften verhandeln.

Verhandlungen im Eisensteinbergbau in Siegen am 19. November führten zu keinem Ergebnis, da die Unternehmer so niedrige Angebote machten (12 M. für Siegen und 8 M. für Lahn-, Mittelgebiet und Oberhessen), daß eine Verhinderung ausgeschlossen war. Für den Monat November wollten sie überhaupt keine Lohnerhöhung bewilligen.

Die Lohnregelung ist dann infolge des Verhaltens der Unternehmer im ganzen Gebiet durch Schiedsspruch erfolgt. Der Arbeitgeberverein für Oberhessen lehnte den Schiedsspruch für die Braunkohle, der eine Lohnerhöhung ab 1. November von 18 M. für alle über 18 Jahre alten Arbeiter vorsah, ab. Dagegen der Arbeitgeberverband für die Siegerländer Gruben und Güten für den Siegerländer Eisensteinbergbau für Monat November. Der Schiedsspruch für Siegen brachte ab 1. November eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 16 M., eine besondere Zulage für gelernte Handwerker von 4 M., für angelernte Handwerker und Arbeiter von 2,50 M. und Arbeiterinnen von 2 M. Außerdem eine Erhöhung des Kindergeldes um 1 M. und des Hausstandsgeldes um 0,80 M. Der Schiedsspruch steht weiter vor, daß die sozialen Zulagen (Kinder- und Hausstandsgeld) auch für Kranke feiertage bezahlt werden müssen und die Gebirge nicht geändert werden dürfen.

Die Arbeitgeber in Siegen wie in Oberhessen begründen die Ablehnung der Schiedssprüche mit der Unrentabilität der Betriebe, sie seien nicht mehr konkurrenzfähig. Die Braunkohlengruben gegenüber der rheinischen Braunkohle, die Eisensteingruben gegenüber den ausländischen. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß diese Gruben im freien Wettbewerb nicht konkurrenzfähig sind infolge ihrer ungünstigen Produktionsbedingungen. Dies Argument ist aber nur stichhaltig vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkt aus, nicht aber vom volkswirtschaftlichen. Wenigstens so lange nicht, als diese Produktionsgebiete für unsere Volkswirtschaft notwendig sind, wie das bis auf weiteres der Fall ist. Es müssen dann eben wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, welche die Lebensfähigkeit dieser Bezirke sicherstellen. Das Erzgebiet hat bei dem jetzigen Stand der Wälua überhaupt nicht

Allen Kameraden und Mitarbeitern  
entbieten wir  
zum Jahreswechsel  
die herzlichsten Glückwünsche!  
Vorstand und Redaktion.

unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden. Außerdem ist das Siegerland das leistungsfähigste Erzgebiet, welches wir haben.

Es zeigt sich bei den Arbeitgebern des Sieg-, Lahn- und Mittelgebietes immer mehr das Bestreben, die Zustände der Vorkriegszeit wieder herbeizuführen, wo die Löhne und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter sehr niedrig gehalten wurden, zum Vorteil der Grubenbesitzer. Jedoch lassen die Bergarbeiter sich das heute nicht mehr so ohne weiteres bieten. Die Ablehnung der Schiedssprüche hatte in Oberhessen sowohl wie in Siegen die Arbeitsniederlegung zur Folge. In Siegen streikten etwa 6000 Eisensteinerbergarbeiter von ungefähr 15000. Von 48 Gruben standen 15 eine Woche vollständig still. Wenn der Streik im Siegerland nicht allgemein wurde, dann ist das nicht das Verdienst der Unternehmer, sondern der Bergarbeiterverbände. Diese hatten beschlossen, zunächst die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs durch den Reichsarbeitsminister, welche von den Verbänden beantragt war, abzuwarten. Sollte diese nicht ausgesprochen werden, oder wenn sie erfolgt, die Unternehmer die Bezahlung auch dann noch ablehnen, dann sollte der Kampf von den Organisationen aufgenommen werden. Das Verhalten des Arbeitgebervereins hatte aber eine derartige Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen, daß ein beträchtlicher Teil sofort in den Streik eintrat. Wenn dieses Vorgehen eines Teils der Belegschaften vom gemeinschaftlichen Standpunkt aus nicht zu billigen ist, so ist es aber verständlich bei dem Vorgehen der Unternehmer. Nachdem für eine Million Bergarbeiter die Lohnfrage durch freie Vereinbarung geregelt war, bei der Fällung des Schiedsspruchs die Sachverständigen des Reichsarbeitsministeriums die vorgelegene Lohnerhöhung für tragbar erklärt hatten, stellt für die Ablehnung des Schiedsspruchs jede Begründung. Die Arbeitgeber hatten aber wohl damit gerechnet, die Arbeiterschaft würde sich damit abfinden. Darin haben sie sich getäuscht. Für die Bergarbeiterverbände stand fest, daß die Anerkennung des Schiedsspruchs mit allen gemeinschaftlichen Mitteln erzwingen werden müsse. In ihren Konferenzen, welche am 18. Dezember stattfanden, wurden dahingehende Beschlüsse gefaßt. Am 19. Dezember gab der Arbeitgeberverband dann die Erklärung ab, daß der nunmehr vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärte Schiedsspruch auch erfüllt werde. Mit dieser Erklärung hatte der Streik sein Ende gefunden. Er hätte vermieden werden können, wenn die Unternehmer etwas mehr Einsicht gezeigt hätten. Wie die Bergbauunternehmer des Siegerlandes gewonnen sind, zeigt die Tatsache, daß trotz aller Bemühungen von Arbeiterseite bis jetzt für das Siegerland noch kein Lohnentwurf besteht und noch keine Arbeitsordnung vereinbart werden konnte. Die Betriebsräte werden nirgends in ihren Rechten so beeinträchtigt wie dort.

Die jetzt abgeschlossene Bewegung zeigte ersenklichweise, daß der gewerkschaftliche Gedanke im Siegerland markiert. Trotzdem es sich um einen Zeitfreud handelt, der die Anerkennung der Organisationen noch nicht gefunden hatte, wurde er in mustergültiger Ordnung geführt. Diejenigen, die nicht in den Streik getreten waren, die Mehrzahl, ließen von Anfang an keinen Zweifel darüber, daß sie dem Rufe ihrer Organisationen sofort reiflos folgen würden. Sie wollten nur nicht ohne die Verbändeparole in den Streik treten.

Diese gewerkschaftliche Stimmung kam auf der Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz unseres Verbandes am 18. Dezember so recht zum Ausdruck. Folgende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Konferenz kann die vorzeitige Arbeitsniederlegung einiger Belegschaften vom gemeinschaftlichen Standpunkte aus nicht billigen, obwohl die durch das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes hervorgerufene Erbitterung diesen Streik verständlich erscheinen läßt. Sollten die Arbeitgeber die Erfüllung des Schiedsspruchs, nach dem er für verbindlich erklärt ist, auch jetzt noch ablehnen, dann werden die Bergarbeiterorganisationen die Führung des Streiks übernehmen und mit allen gemeinschaftlichen Mitteln durchzuführen.“

Die Konferenz beschließt, die Parole der Organisationen, welche nach der bis Montagabend, den 19. Dezember 1921 vom Arbeitgeberverband zugesagten Erklärung erfolgen wird, abzuwarten.“

Diese Entschließung zeigt, daß der gewerkschaftliche Gedanke im Siegerland festgelegt hat. Er war es auch, der die Unternehmer zwang, den Schiedsspruch reiflos anzuerkennen. Stärken wir deshalb den Ver-

band durch Zuführung neuer Mitglieder und innere Festigkeit und Geslossenheit, die Erfolge werden dann noch größer sein und die Unternehmer werden den Interessen der Bergarbeiter Rechnung tragen müssen.

In Oberhessen ist der Streik am 17. Dezember durch eine Vereinbarung, die eine um 2 M. geringere Lohnerhöhung als der Schiedsspruch vorsah, beendet worden.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

### Altpreußische Methode in Oberschlesien.

In Oberschlesien wird über Lebensfragen einer Bevölkerung verhandelt, deren Hauptmasse aus Industriearbeitern besteht. Den Arbeiterorganisationen ist es in erster Linie zu danken, daß die durch nationalistische Verhöhnung zur Stöberei gesteigerte Aufregung, die sich bekanntlich in blutige Kämpfe ausfüllte, allmählich einer ruhigen Ueberlegung gewichen ist. Was in dem Genuß Spruch über Oberschlesien an Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse überhaupt zu finden ist, darf ohne Ueberhebung zum Teil auf die Aufklärungsarbeit der ober-schlesischen Gewerkschaftsvertreter in Genf zurückgeführt werden. Schon deshalb mußte es fremden, daß unter den Vertretern, die von der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung mit der Verhandlung über die Grenzregelung, über die Ordnung der wirtschaftlichen Wirtschaftsfragen usw. betraut worden sind, sich nicht ein einziger Arbeiter- und Angestelltenvertreter befindet! Chemische Minister, Staatssekretäre, Geheimräte und Professoren sind die offiziellen Delegierten. Kein einziger Gewerkschaftsvertreter ist aus Oberschlesien als vollberechtigter Delegierter berufen! Wir stehen nicht an, das als eine echt altpreußische Mißachtung der Arbeiterschaft zu bezeichnen, um so verurteilenswerter, weil nicht Minister, Staatssekretäre und Geheimräte in Oberschlesiens schwerster Unruhezeit dort dem Ansturm gegen deutsche Interessen standhalten konnten, sondern in erster Linie die Gewerkschaftsgenossen! Auf polnischer Seite sitzen nämlich auch Gewerkschaftsvertreter als Delegierte ihres Staates. In der Oberschlesienfrage sind anscheinend noch nicht genug altpreußische Sünden begangen. Unsere ober-schlesischen Gewerkschaftsgenossen sind mit Recht erbittert über ihre Zurücksetzung. Der Bergarbeiterverband kommt als mitgliederberechtigte Organisation neben dem Metallarbeiterverband in Betracht. Es ist uns nicht gleichgültig, wie die sozialrechtlichen Verhältnisse unserer Kameraden, auch der kauende Verbandsmitglieder im abgetrennten Teile Oberschlesiens, geregelt werden. Bei dieser Regelung lassen wir uns nicht ausschalten. Darum ging am 22. Dezember folgendes Telegramm an die zunächst zuständigen Minister des Innern für Reich und für Preußen:

„Wir hören, daß zu Verhandlungen über Oberschlesien die Arbeitervertreter deutscherseits nicht als vollberechtigt zugezogen wurden. Ursachen betragend, zu veranlassen, daß Vertreter der Gewerkschaften in Oberschlesien ständig an den Verhandlungen vollberechtigt teilnehmen.“

Vorstand des Bergarbeiterverbandes. J. A.: Husemann.“

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 53. Woche (vom 25. bis 31. Dezember 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

### Bücherevisionen.

- Castro III. Vom 1. bis 20. Januar.
- Hort Gmischer. Vom 1. bis 15. Januar.
- Hühelhofen. Am 1. und 8. Januar.

### Adressenänderungen.

Gelsenkirchen IV. Der erste Vertrauensmann Karl Bient wohnt Wilhelmstr. 116, der Kassierer Bernhard Rosthofen Wilhelmstr. 107, Redaktionshelfer. Der erste Vertrauensmann Theodor Senzel wohnt Wausgatstr. 29.

### Bibliothek.

Gelsenkirchen IV. Bibliothek beim Kameraden Frh. Gausfapp.

### Portofähigkeit ab 1. Januar 1922.

- Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 1,25 M., über 20-250 Gr. 2.- M., im Fernverkehr bis 20 Gr. 2.- M., über 20-100 Gr. 3.- M., über 100-250 Gr. 4.- M.
- Postkarten im Ortsverkehr 0,75 M., im Fernverkehr 1,25 M.
- Druckfachen bis 50 Gr. 0,50 M., über 50-100 Gr. 1.- M., über 100-250 Gr. 2.- M., über 250-500 Gr. 3.- M., über 500-1000 Gr. 4.- M.
- Geschäftspapiere bis 250 Gr. 2.- M., über 250-500 Gr. 3.- M., über 500-1000 Gr. 4.- M.
- Päckchen bis 1 Kg. 4.- M. Päckchen können Geschäftspapiere, Druckfachen, handschriftlich und mechanisch hergestellte Schriftstücke enthalten.
- Pakete bis 5 Kg. Nahzone 6.- M., Fernzone 9.- M.; über 5-10 Kg. Nahzone 12 M., Fernzone 18.- M.; über 10-15 Kg. Nahzone 20.- M., Fernzone 30.- M.; über 15-20 Kg. Nahzone 30.- M., Fernzone 40.- M.
- Briefsendungen. Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeldgebühr, welche beträgt a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wertangabe 1,50 M.; b) bei Wertpaketen für 1000 M. nach Wertangabe 2.- M., mindestens bei einer Sendung 3.- M.
- Postanweisungen bis 100 M.: 2.- M., über 100-250 M.: 3.- M., über 250-500 M.: 4.- M., über 500-1000 M.: 5.- M., über 1000-1500 M.: 6.- M., über 1500-2000 M.: 7.- M.
- Einschreibegeld beträgt 2.- M.
- Für die Bestellung sind in Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3.- M., nach dem Landbestellbezirk 9.- M.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6.- M., nach dem Landbestellbezirk 12.- M.
- Für Zahlkarten bis 100 M. einzahl.: 0,75 M., über 100 bis 500 M.: 1,50 M., über 500-1000 M.: 3.- M., über 1000-2000 M.: 4.- M., über 2000-5000 M.: 5.- M., über 5000 M.: 6.- M.
- Für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1.- M., mindestens 10.- M.

### Knappschafftsältestenkommission Gelsenkirchen.

Sitzung am Freitag, den 6. Januar 1922, morgens 9 Uhr, in Buer im Lokale Bredendrod, Gagenstr. 13.

Taschenkalender für Bergarbeiter Preis 7,50 Mk. für Mitglieder, im Buchhandel 10 Mk.